

Aus erster Hand

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **NIKE-Bulletin**

Band (Jahr): **9 (1994)**

Heft 3: **Bulletin**

PDF erstellt am: **27.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Auf andern Wegen das gleiche Ziel verfolgen

Zur Kulturpolitik des Bundes – Ein Gespräch mit Dr. David Streiff, Direktor des Bundesamtes für Kultur, BAK

NIKE: Welche unmittelbaren Folgen hat die am vergangenen 12. Juni erfolgte Ablehnung des Kulturförderungsartikels für das Bundesamt für Kultur und seine Aktivitäten?

David Streiff: Unmittelbar hätte sich bei einem 'Ja' nicht viel geändert, was wir auch im Vorfeld der Abstimmung immer wieder betont haben. Dies, weil der Verfassungsartikel zuerst einmal hätte umgesetzt werden müssen, und mangels zusätzlicher Mittel. Aber er hätte eine Grundlage für diese Arbeit geboten – eine längerfristige Perspektive auf der Basis eines Verfassungsartikels. Mit der Ablehnung wurde uns diese längerfristige Perspektive genommen und wir müssen jetzt sehen, wie wir weiterfahren können.

Unter dem starken finanziellen Druck geht es zunächst einmal darum, die bestehenden Positionen, den 'status quo', zu verteidigen. Die Ziele, welche teilweise den Wunsch nach dem Verfassungsartikel nährten, sind im wesentlichen die gleichen geblieben: eine bessere Zusammenarbeit mit den Kantonen, Gemeinden und Privaten, ein Ernstnehmen unserer Rolle als Bundesinstitution im Bereich der Kultur. Diese Ziele sind nun nicht durch einen verfassungsmässigen Auftrag gestützt, sondern müssen vermehrt durch unsere eigene Initiative erreicht werden. Dies erlaubt es uns – und dort liegt vielleicht der Vorteil der jetzigen Situation – den Rhythmus selbst festlegen zu können und nicht unter einem wahnsinnigen Zugzwang stehen zu müssen, der durch eine Annahme des Artikels in diesen schwierigen Zeiten entstanden wäre.

Ein 'Ja' hätte den Leuten Mut gemacht, ihre dringenden Gesuche an uns zu richten und wir wären jetzt in die schreckliche Rolle eingezwängt, ständig Begehren zurückweisen zu müssen. Durch das 'Nein' haben wir vielleicht ein etwas ruhigeres Leben, können von uns aus aktiv werden und jetzt jene Probleme auflisten, die uns primär beschäftigen und entsprechende Strategien entwickeln. Was uns aber insgesamt fehlt, ist die verfassungsmässige Absicherung. – Immerhin bin ich über das Volksmehr doppelt glücklich, auch wenn es nicht ein grosses Mehr ist. Moralisch jedenfalls haben wir nicht verloren und wollen nun erst recht weitermachen! Jetzt gilt es, etwas mit kreativen Einfällen zu erreichen und wettzumachen, was nun zum zweiten Male notabene eigentlich am System gescheitert ist (1986: keine Möglichkeit des 'doppelten Ja' / 1994: Ständemehr).

NIKE: Sind aus diesem Plebiszit Lehren für die Zukunft zu ziehen?

AUS ERSTER HAND

David Streiff: Aus der Volksabstimmung haben wir gelernt, dass das Thema des Föderalismus hierzulande nach wie vor grössere Bedeutung hat, als man glauben würde. Das Plebiszit muss man allerdings im Kontext der drei Abstimmungen sehen und dort hat sich einmal mehr ein Problem gezeigt, welches sich auf einer sehr viel höheren Stufe stellt: das offenbare Misstrauen des Volkes gegen die herrschenden Parteien, gegen den Bundesrat und gegen die Mehrheit des Parlaments. Das ist ein Malaise, das sich auf höchster Ebene stellt und welches sicher angepackt und gelöst werden muss.

NIKE: Am 1. Januar dieses Jahres haben Sie die Aufgabe als neuer Direktor des Bundesamtes für Kultur übernommen. Welche – mittelfristigen – Hauptziele haben Sie sich inzwischen für Ihre Arbeit innerhalb des BAK und nach aussen gesteckt?

David Streiff: Einige der Grundziele, die ich bereits im vergangenen Herbst und somit noch in Unkenntnis der Praxis formuliert habe, sind die gleichen geblieben: Ich möchte, dass dieses Amt eine nach aussen spürbare Rolle spielt in der Verteidigung kultureller Anliegen, dass es ein Gesprächspartner ist und nicht nur ein Ort, wo man Subventionen abholt. Ich möchte zudem, dass wir auf Bundesebene und gestützt auf unsere Stellung Einfluss nehmen wo und wann immer es sich darum handelt, kulturelle Anliegen zu stützen oder wo antikulturelle Aktionen zu bekämpfen sind. Als von der Position her starke, im Verhältnis zu den Kantonen und Städten allerdings finanziell schwache Institution wollen wir uns für die Belange der Kultur einsetzen.

Von den – praktischen – Zielen nenne ich die Bewältigung einiger Probleme, die ich bei meinem Amtsantritt hier angetroffen habe, angefangen bei strukturellen Fragen. Dann gibt es Bereiche, die dringend Handlungsbedarf erfordern und bei Institutionen, die in meiner Verantwortung stehen und wo Unklarheiten herrschen gilt es, Unsicherheiten zu beseitigen. Mit derartigen Fragen muss ich mich prioritär befassen. Das längerfristige Grundziel, dass wir eine offene Institution sein wollen, ist auch eine Frage des Stils und somit der Art, wie man sich nach aussen vermittelt, wie man den Leuten entgegentritt.

Zukünftig werde ich Prioritäten setzen müssen, gibt es doch gewichtige Probleme, deren Lösung sehr arbeitsintensiv sind. Mir liegt sehr viel daran, die mir übertragenen, komplexen Problemfälle im Laufe der nächsten zwölf Monate in befriedigender Art und Weise zu lösen. Wenn ich mich

AUS ERSTER HAND

einmal 'freigeschwommen' habe wird es darum gehen, längerfristige Probleme anzupacken und eine prospektive Kulturpolitik zu entwickeln.

NIKE: Wo würden Sie bei der Kulturförderung unseres Landes Akzente setzen, wenn Ihnen dafür vollkommen freie Hand gegeben wäre?

David Streiff: Es gäbe in vielen Bereichen Handlungsbedarf. Vor allem fehlt mir eine gewisse Flexibilität, relativ kurzfristig auf besonders überzeugende Gesuche und Ideen einzutreten oder mit einem Beitrag etwas 'anzukicken'. Heute sind alle Mittel bereits anfangs Jahr vergeben mit Verpflichtungen, die wir eingegangen sind und daher halten müssen. Da würde ich mir beziehungsweise uns eine freiere Hand wünschen.

Ein anderer dringender Handlungsbedarf liegt für mich beim sich dramatisch zuspitzenden Problem der Erhaltung unseres audiovisuellen Kulturgutes. Im letzten Jahr fand bekanntlich eine Sensibilisierungskampagne in diesem Bereich statt ('Ein Land verliert sein Gedächtnis'). Momentan tut sich hier glücklicherweise etwas, sind doch Pläne vorhanden und ein zeitlicher Rahmen, aber die Sensibilisierung muss noch wesentlich vorangetrieben werden, bis diese Probleme ins Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger dringen.

NIKE: Wann wird das revidierte Bundesgesetz über den Natur- und Heimatschutz (NHG) samt seiner Verordnung voraussichtlich in Kraft treten können?

David Streiff: Es kann damit gerechnet werden, dass die Revision des NHG im ersten Quartal des nächsten Jahres in Kraft treten wird. Wir bemühen uns gemeinsam mit dem Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft (BUWAL), die Verordnung dazu, die ebenfalls revidierte Verordnung über den Natur- und Heimatschutz (NHV), dem Bundesrat so rechtzeitig zur Genehmigung vorzulegen, dass sie gleichzeitig oder jedenfalls kurz darauf in Kraft gesetzt werden kann.

NIKE: Ende Juni hat der Bundesrat ein neues Sparpaket beschlossen, das alle Departemente betreffen soll. Wie könnten sich diese Massnahmen auf die Budgetposten 'Heimatschutz und Denkmalpflege' Ihres Amtes auswirken?

David Streiff: Das neue Sparpaket trifft die Bestrebungen für den Heimatschutz und die Denkmalpflege sicherlich einmal durch die Weiterführung der linearen Kürzung von zehn Prozent. Weitere Herabsetzungen dieser Budgettrü-

briken sind uns bis jetzt nicht bekannt worden. Solche wären allerdings in Anbetracht der bisherigen namhaften Beiträge von Heimatschutz und Denkmalpflege an die Sanierung des Bundeshaushaltes nicht gerechtfertigt und angesichts ihrer Beschäftigungswirkung und konjunkturbelebenden Effekte gerade in wirtschaftlich schwachen Regionen politisch nicht leicht zu verantworten.

NIKE: Welcher Stellenwert kommt für Sie einer kontinuierlichen Öffentlichkeitsarbeit für Fragen der Erhaltung immobiler und mobiler Kulturgüter in unserem Lande zu?

David Streiff: In Anbetracht der Budgetkürzungen, die schon hinter uns liegen und angesichts der Gefahr, dass in diesen mageren Zeiten längerfristig gesehen all jene Bereiche irgendwie an die Kasse kommen, die eine ungenügend grosse Öffentlichkeit hinter sich haben, lege ich grössten Wert auf eine denkmalpflegerische Öffentlichkeitsarbeit. Diese kann auch die audiovisuellen Medien mit einschliessen. Es geht darum, der Öffentlichkeit klarzumachen, dass die Erhaltung ihrer geschichtlichen Leistungen – seien dies Baudenkmäler oder andere Dinge – eine wesentliche Aufgabe der Menschheit ist. Gerade in unserer kurz- und schnellebigen Zeit, die alles derart rasch abschleift und verbraucht, muss dieses Bewusstsein doppelt stark eingepägt werden. Andererseits darf diese Haltung nicht von nostalgischen Strömungen vereinnahmt werden, geht es doch nicht um Nostalgie, sondern um die Zukunft, die ohne Vergangenheit nicht existieren und nicht lebbar sein kann. Deshalb hat die Öffentlichkeitsarbeit für mich höchsten Stellenwert.

Wie man dies machen will ist freilich eine andere Frage. Die Mittel dazu sind vielfältig und werden teilweise bereits genutzt. Die NIKE ist von mir aus gesehen sicher ein wichtiges und in dieser Richtung ausbaubares Instrument. Die Denkmalpflege selber und die Eidg. Kommission für Denkmalpflege sind ebenfalls gefordert. Ich hoffe sehr und zähle darauf, dass hier zukünftig von allen Seiten noch weit mehr geleistet wird, damit schliesslich das Parlament unter Druck kommt und damit auch die Leute, welche über private Mittel verfügen sich bewusst sind, worum es geht. Eine stetige Sensibilisierung auf allen politischen Ebenen, beim Bund, den Kantonen, Gemeinden und bei Privaten ist für mich völlig unerlässlich!

NIKE: Welchen – persönlichen – Wunsch möchten Sie im Verlauf der nächsten zwölf Monate erfüllt wissen?

David Streiff: Ich hoffe, dass ich in den nächsten zwölf Monaten einige der Ziele, die ich mir gesetzt habe – das Anpacken struktureller Probleme, Stärkung des Dialoges mit der Aussenwelt, Erledigung der 'Altlasten' – erreichen kann. Und dass ich es nebenher weiterhin zeitlich schaffe, am kulturellen Leben, für das ich mich einsetze, als Besucher, Zuhörer, Leser teilzuhaben. Das ist nicht einfach!

Interview: Gian-Willi Vonesch